

## Ergebnis der Umfrage bei den Parteien zur Europawahl – Antworten der SPD-Fraktion

Die im Bundestag vertretenen Parteien sind vom Rat für Nachhaltige Entwicklung gebeten worden, anhand von fünf Fragen ihre Positionen zu Nachhaltiger Entwicklung im Kontext der Europawahl darzulegen.

Berlin, 12. April 2019

### 1. Nachhaltige Entwicklung und Verantwortung für das Europäische Projekt – Was heißt das für Ihre Partei?

Wir verstehen die 17 Nachhaltigkeitsziele 2030 der Vereinten Nationen (SDGs) als Leitbild unseres europapolitischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Politikbereiche gemeinsam angegangen und gelöst werden können. Die ökologischen Herausforderungen haben ursächlich auch mit ungleichen Einkommens- und Machtverhältnissen zu tun. Ungleichheit ist daher auch ein ökologisches Problem, genauso wie Umweltzerstörung auch ein soziales Problem ist.

Europa ist angesichts dieser Herausforderungen nur gemeinsam stark. Wenn der Klimawandel aufgehalten werden soll, dann schafft das kein Staat im Alleingang. Deswegen fordert die SPD eine Verstärkung der Klimadiplomatie: mehr Diplomaten\*innen und mehr Mittel für Klimaschutzprojekte. Wir Europäerinnen und Europäer setzen uns bei den Weltklimakonferenzen für die Ziele des Pariser Klimaabkommens ein. Klimaneutralität bis 2050 wird dabei zum zentralen Projekt der Europapolitik.

Die europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen insbesondere in der sozialen Gestaltung der Klimapolitik ihre besondere Aufgabe und Herausforderung, denn die Transformation unserer Wirtschaft muss für alle Menschen gerecht verlaufen, niemand darf zurückbleiben.

Zurückbleiben darf auch nicht der Globale Süden. Wir stehen für nachhaltige Entwicklung auf Augenhöhe und fordern die Kommission immer wieder dazu auf, die Umsetzung der Agenda 2030 zwischen Maßnahmen innerhalb und außerhalb der EU ausgeglichen zu gestalten. Noch ist dies

nicht der Fall. Gerade im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit muss die EU mehr und besser investieren und auch die Mitgliedsstaaten müssen endlich das 0,7%-Ziel einhalten.

Darüber hinaus identifizieren die SPD auch den internationalen Handel als einen Kernbaustein, der für den Übergang zur Nachhaltigkeit umfassend umgestaltet werden muss. Internationaler Handel muss auf fairen Regeln und hohen Arbeitnehmer- und Umweltstandards basieren. Gerade in globalen Lieferketten, beispielsweise im Textilsektor muss die Europäische Union klare Regeln und rechtlich verbindliche Standards setzen.

## **2. Mit welchen Mitteln wollen Sie die Verantwortung des Europäischen Parlamentes für die universellen Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen angehen?**

Europa hat kostbare Zeit verloren, weil die EU und ihre Mitgliedstaaten den umfassenden Übergang zu wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit noch nicht eingeleitet haben. Die entscheidende, aber auch begrenzte Rolle des Europäischen Parlaments liegt darin, die weiteren Entscheidungsträger auf europäischer Ebene, vor allem Kommission und Rat, kontinuierlich zur Verpflichtung und Ausarbeitung konkreter Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 aufzufordern. Die SPD fordert die Schaffung eines gesamteuropäischen Rahmens für die Verwirklichung der Sustainable Development Goals (SDGs), an dem sich die EU-Mitgliedstaaten, aber auch die Angehörigen der EWR und Unterzeichner von EU-Assoziierungsabkommen, die Bewerber und nach dessen Austritt das Vereinigte Königreich beteiligten.

Das Europäische Parlament versucht darüber hinaus Einfluss auf die Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik zu nehmen. Mit dem Ziel, die europäische Wirtschaftspolitik auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung auszurichten, schließt sich die SPD der Forderung nach einem Mitbestimmungsrecht des Parlaments am Europäischen Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik ausdrücklich an. Denn die gegenwärtigen ökonomischen Strukturen sind maßgeblich für die gravierenden ökologischen und sozialen Krisen des 21. Jahrhunderts verantwortlich und müssen radikal verändert werden.

## **3. Die Kommission befasst sich schon geraume Zeit mit Vorarbeiten zu einem politischen Umsetzungsinstrument der Agenda-Ziele auf EU-Ebene, bisher ohne greifbares Ergebnis. Welche Vorschläge haben Sie für ein solches Umsetzungsinstrument? Welche Politikbereiche sollte es behandeln und welche Governance sehen Sie dafür vor?**

In der EU haben einige Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Umsetzungspläne und regelmäßige Dialoge zwischen Ministerien eingerichtet. Vor allem auf EU-Ebene brauchen wir strukturierte und institutionalisierte Verfahren, um die 2030-Agenda von Anfang an in der EU-Gesetzgebung und bei EU-Initiativen zu berücksichtigen. Das fängt bei der Kommission an, und geht bis in die Umsetzung in Mitgliedstaaten. Die SPD setzt sich dafür ein, auch im Parlament an Ideen zu arbeiten, wie wir unsere Entscheidungen auf Verträglichkeit mit den SDGs überprüfen können. Wir fordern die

Kommission nachdrücklich auf, eine ambitionierte, übergreifende und umfassende Strategie für die Umsetzung der Agenda 2030 auszuarbeiten und dabei die SDGs vollständig in die politischen Maßnahmen und die Governance der EU aufzunehmen, den EU-Organen und den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Umsetzung, Überwachung und Überprüfung der Agenda 2030 an die Hand zu geben und detaillierte Fahrpläne, konkrete Ziele und Fristen aufzuzeigen.

Das erste Szenario, das die Kommission in ihrer Mitteilung „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030“ vorgestellt hat, bei dem eine übergreifende Strategie für die Umsetzung der SDGs durch die EU und die Mitgliedstaaten verfolgt wurde, ist bereits ein vielversprechender Ansatz.

Drei Elemente sind bei der Umsetzung und der Überprüfung der SDGs besonders wichtig: erstens institutionelle Strukturen, die SDGs Mainstreaming sicherstellen, zweitens politische Führungskraft, um die SDGs in der EU und global immer wieder auf Agenda zu setzen und drittens eine ausreichende und kohärente Finanzierung.

Der neue Mehrjährige Finanzrahmen der EU für die Zeit ab 2021 muss die 2030 Agenda klar im Fokus haben. Wir brauchen nicht nur eine ausreichende Finanzausstattung für Natur- und Klimaschutz, wir müssen auch EU-Ausgaben in anderen Bereichen klar auf die Kompatibilität mit den SDGs überprüfen.

#### **4. Digitale Technologien vernetzen uns immer schneller und enger. Welche Vorschläge haben Sie für eine nachhaltige EU-Digitalstrategie?**

Die Digitalisierung führt zu grundlegenden Veränderungen, die die Arbeitswelt, aber insbesondere auch industrielle Abläufe und den Mobilitätssektor betreffen. Sie birgt viele Chancen, unser Zusammenleben effizienter und nachhaltiger zu gestalten. Vor allem dürfen durch den technologischen Fortschritt keine Rückschritte bei den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen. Wir wollen keine „digitalen Tagelöhnerinnen und Tagelöhner“, die nur auf Abruf arbeiten können.

Die im Gange befindlichen disruptiven Veränderungen stellen uns vor große ökologische, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen. Wir wollen diese Herausforderungen der Digitalisierung gemeinsam meistern und ihre Chancen nutzen. Insbesondere wird die Entwicklung digitaler Technologien maßgeblich die Industrie 4.0 vorantreiben. Durch neue, saubere Technologien kann Europa weiterhin industrieller Vorreiter sein und vor allem globale Nachhaltigkeitsstandards setzen.

Dafür bedarf es einer vorausschauenden europäischen Industriestrategie, die auf europäische Kooperation setzt und die Forschung und Entwicklung bahnbrechender emissionsarmer Technologien stärker fördert. Der europäische Industriesektor wird nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn er sich als Innovationsführer behauptet. Das fördert die Entwicklung nachhaltiger Produkte und Konzepte und sichert langfristig hochwertige europäische Arbeitsplätze.

Durch neue, vernetzte Technologien bietet sich die Chance, die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Mobilitätssektor drastisch zu reduzieren. Dafür wollen wir die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien und Mobilitätsdienstleistungen fördern, damit Europa an der Spitze des weltweiten technischen Fortschritts und der Innovationen bleibt.

Wir wollen eine europäische Cloud für offene Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie Forschung und Entwicklung der Wirtschaft. Angesichts neuer Herausforderungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft wollen wir, dass in dieser Cloud Forschungsergebnisse, Forschungsdaten und Dateninfrastruktur frei zugänglich gemacht werden. Das ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Nutzung von maschinellem Lernen und Big Data Analytics.

Die Entwicklung digitaler Technologien wird nicht nur im Mobilitätssektor zum vermehrten Einsatz künstlicher Intelligenz führen. Hierfür fordern wir klare ethische Grundsätze in der Konzeption von Algorithmen. Wir wollen, dass die Digitalisierung die Selbstbestimmung der Menschen stärkt und sie nicht entmündigt. Auch deshalb muss Europa in der Entwicklung digitaler Zukunftstechnologien Spitzenreiter sein, weil wir die Entscheidungen darüber, wie neue Technologien unser Leben in Zukunft ändern werden, nicht den Investorinnen und Investoren aus dem Silicon Valley überlassen wollen.

**5. Woran (z.B. an welchem Thema, welchem Ziel, welcher Aktion, welchem Leuchtturm) meinen Sie, könnte am besten deutlich werden, worum es Ihrer Partei bei der EU-Nachhaltigkeit geht?**

Wir wollen die 2017 vereinbarten europäischen sozialen Grundrechte zu praktischer Geltung bringen. Die soziale Säule der EU hat nicht Schritt gehalten mit der gelungenen wirtschaftlichen Integration. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, treten wir für eine neue Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten ein. Erst wenn die sozialen Rechte den Grundfreiheiten der EU gleichstehen, können europäische Gesetze nicht mehr zu Sozialabbau und Einschränkung der Mitbestimmung führen. Im mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 sollen die nötigen finanziellen Mittel vorgesehen werden, die es braucht, um eine europäische Sozialpolitik für die Bürgerinnen und Bürger auch erfahrbar zu machen.

Damit verbunden verfolgt die SPD das Ziel, die EU auf sozial verträgliche Weise in die langfristige Nachhaltigkeit zu führen. Der Wandel unserer Gesellschaften und unseres Wirtschaftsmodells hin zu einer Kompatibilität mit den UN-Nachhaltigkeitszielen darf niemanden zurücklassen und muss alle Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Strukturwandel und die nötigen Umstellungen in bestimmten Industriebereichen müssen von der Politik begleitet werden.